

Sitzung vom 24. Mai 2023

630. Anfrage (Wo ist das gesetzlich vorgeschriebene umfassende Monitoring für alle staatlich erzwungenen oder geförderten Covid-Massnahmen sowie den gepuschten Gen-Injektionen, genannt Covid-Spritze?)

Kantonsrat Urs Hans, Turbenthal, hat am 24. April 2023 folgende Anfrage eingereicht:

Das BAG hat kürzlich klammheimlich seine Impfpflicht für die Covid-Spritze zurückgenommen und erklärt, dass Ärzte, welche künftig impfen, haftpflichtig bezüglich Impfschäden werden. Unser Staat hatte die Impfstoffhersteller in den Kaufverträgen von jeglicher Haftung für ihre Produkte befreit, also ist derselbe voll haftpflichtig für die angeblich sicheren bisher eingesetzten Impfstoffe. Von Gesetzes wegen gibt es die Pflicht, die Wirkung aller angewendeten Massnahmen ständig zu überwachen und deren Anwendung allenfalls anzupassen oder zu stoppen (Monitoring). Diesbezüglich ist es unverkennbar, dass sich unser Staat und im Besonderen unsere Verwaltungen der Gesundheitsdirektion mit Regierungsrätin Nathalie Rickli und der Bildungsdirektion mit Silvia Steiner in einem Interessenkonflikt befinden. Einerseits haben sie die umstrittenen Massnahmen angeordnet oder Mitarbeiter, Patienten, Schüler und Lehrkräfte mittels sozialer Ausgrenzung und Androhung von wirtschaftlichen Sanktionen oder gar Kündigungen zur Akzeptanz von Massnahmen gedrängt. Auf der anderen Seite sind sie haftpflichtig für schädliche Auswirkungen den Opfern gegenüber. Einerseits hat schon die mit den folgsamen Medien zusammen, geführte aggressive Panikkampagne, vor allem bei Kindern zu psychischen Schäden geführt, andererseits führten auch alle anderen angeordneten Zwangsmassnahmen zu teils gravierenden gesundheitlichen Schäden in der Bevölkerung, welche in keinem Verhältnis zur vorgegebenen Gefahr standen.

Nachdem bisher alle unabhängigen Studien zum Maskentragen keinen Nutzen beweisen konnten, wurden diese von einer neu erschienen Studie am St. Georges Hospital in London bestätigt. Ebenfalls bestätigt sind die Schäden durch das ständige Maskentragen für das Pflegepersonal. Soziale Distanzierung und Contact-Tracing schaden ebenfalls der Psyche und der Immunabwehr.

Dr. James Thorp, Leiter einer Geburtsklinik in den USA, redet von einer 1200-fachen Zunahme von Menstruationsproblemen, von 57-facher Zunahme von Aborten und von 38-facher Zunahme Totgeburten. Er sagt, das Puschen dieser experimentellen Gentherapie sei die grösste Verletzung der Medizinethik der Menschheitsgeschichte. Gemäss Edward Dowd, Statistiker und Analyst, starben in den USA allein 2022 über 300'000 Menschen durch die Spritzen und Millionen wurden behindert. In der Schweiz rätseln kluge Staatsexperten über unsere deutliche Übersterblichkeit, und die Hofschranzen schweigen. SADS Sudden Adult Death Syndrom, oder plötzlicher Erwachsenen-Herztod, die häufigste Todesursache durch die C-Spritze. Hirnvenenthrombosen, Spitzensportler und Fernsehmoderatoren, welche vor laufender Kamera tot umfallen, am Morgen kalt im Bett, Gemeindepräsident beim Radfahren, Herztod, Bauer vom Traktor gefallen, Herztod, jede und jeder kennt Menschen, welche verletzt oder umgekommen sind durch die Spritze, Ambulanzen rund um die Uhr. Fast exakt dieselben Zahlen standen in den Pfizer-Papers zu den Versuchen mit Schwangeren, welche die Firma durch Gerichtsbeschluss freigeben musste. 87% der Geimpften verloren dabei ihre Kinder. Ich frage mich, weshalb unsere Frauen nicht auf die Strasse gehen? Statistiker reden mittlerweile von über 20 Millionen Impftoten weltweit und uns Kritikern wurde verboten, Vergleiche mit früher anzustellen. Wer dazu aber schweigt, ist mitverantwortlich.

Heute wissen wir: Alle Massnahmen haben zu bedeutend mehr Schaden als Nutzen geführt. Die Politik hat diesbezüglich vollkommen versagt. Die Regierung hat nach Anweisungen einer, von privaten Geldgebern gelenkten WHO durchregiert, unser Parlament und dessen Gesundheitskommission haben tatenlos zugeschaut, alle Parteien haben applaudiert und die meisten Parlamentarier haben geschwiegen dazu. Schweigen heisst mitmachen.

Ich bitte den Regierungsrat um die ehrliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie kann es sein, dass Ärzte und Spitäler aus persönlichen oder finanziellen Interessen ungestraft Todesursachen falsch deklarieren können und die Fälle nicht bei der Meldestelle Vaccinovigilance des Bundes eingeben?
2. Weshalb wird nicht zwingend bei jedem Todesfall von Geimpften eine Obduktion verlangt, um den Betrugereien Einhalt zu gebieten?
3. Was gibt es für finanzielle Anreize, falsche DRG Codes abzulegen!

4. Hat die Regierung trotz ihrer Mitschuld, des offensichtlichen Interessenkonfliktes und der finanziell zu gewärtigenden Folgen für sich persönlich oder eben für Staat und Steuerzahler, überhaupt den Willen die Direktionen anzuweisen, blitzartig ein lückenloses Monitoring zu installieren, Ärzte und Spitäler unter Androhung harter Strafen zu zwingen, die Todesursachen unserer verstorbenen Mitmenschen korrekt zu dokumentieren?
5. Ist der Zürcher Regierung bekannt, dass von mir und weiteren Kritikern in den einschlägigen Tagi-Regionalzeitungen von Tössthaler bis Landbote und Oberländer, seit über drei Jahren zu Corona und Ukraine keine Leserbriefe, sondern höchstens Diffamierungen über mich publiziert werden?
6. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass auf Facebook und anderen Social-media-Kanälen für unsere Kids und die unkritischen User alles gelöscht wird, was den Interessen von WHO und Big Pharma zuwiderläuft?
7. Wie gedenkt die Zürcher Regierung das begangene Unrecht an allen Massnahmegeschädigten im Kanton Zürich wieder gut zu machen?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Urs Hans, Turbenthal, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1–7:

Der Regierungsrat hat sich in den vergangenen Jahren zu verschiedensten Aspekten und Fragestellungen rund um die Coronapandemie geäußert – zuletzt bei der Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 84/2023 betreffend Behandlung von Menschen mit Impfnebenwirkungen. Darauf kann verwiesen werden.

Im Weiteren äussert sich der Regierungsrat nicht zu Behauptungen sowie unsachlichen und tendenziösen Fragestellungen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli